

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

28. Juni 2009 • Nr. 26 • 8,-

Guestkommentar von Harald Segall
zum Thema Sicherheit in Österreich

A young girl with brown hair in pigtails, wearing a light purple t-shirt, is smiling and looking towards the camera. She is holding a brown teddy bear and a colorful book with a butterfly illustration. The background is slightly blurred, showing what appears to be a colorful rug or blanket.

**Beste Chancen
für unsere Kinder**

Die nächsten beiden Wochen sind für Österreichs SchülerInnen geprägt vom wohlklingenden Wort "Schluss" – die Ferienzeit beginnt. Das ist ein guter Anlass, Resümee zu ziehen über das vergangene Schuljahr und einen Ausblick in das kommende zu machen. Dazu haben wir Bildungsministerin Claudia Schmied interviewt.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ließ aufhorchen mit dem Vorschlag, die Gehälter in Unternehmen ab 25 MitarbeiterInnen offen zu legen. Anonym natürlich, aber der zuständigen Behörde zugänglich, damit etwaigen Einkommensungerechtigkeiten zwischen Männer- und Frauengehältern zu Leibe gerückt werden kann.

Und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter erläutert in einem Interview die Positionen und Ziele der SPÖ nach der EU-Wahl, seine Meinung zur "Kronen Zeitung", zur FPÖ-Hetze und zum Thema "Ausländer" sowie zu der von der ÖVP losgetretenen Diskussion um die Bundespräsidentenwahl.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Schule der Zukunft	4
Interview mit Claudia Schmied	6
Gehälter-Transparenz	7
Interview mit Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter	8
Bundesfrauenkonferenz	12
Kommentar vom Wiener Polizeipersonalvertreter Harald Segall.....	14

Keine Videoüberwachung am Arbeitsplatz

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier fordert globale Standards und verstärkten ArbeitnehmerInnen Datenschutz.

Johann Maier sprach sich in seinem Arbeitspapier zur Novellierung des Datenschutzgesetzes klar für globale Standards und Maßnahmen aus. Eines der wichtigsten Ziele dabei ist die Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre. Der Kernpunkt der Datenschutzgesetz-Novelle ist die Regelung zur Video-Überwachung. Demnach ist eine Überwachung im privaten Raum nur eingeschränkt möglich, Videoüberwachung am Arbeitsplatz zur MitarbeiterInnenkontrolle grundsätzlich verboten. Maier sprach sich in diesem Zusammenhang außerdem erneut für die

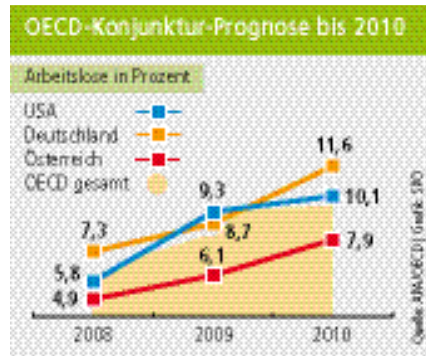
Einsetzung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten aus.



Zinner

SPÖ-Konsumentenschutzsprecher und stv. Vorsitzender des Datenschutzrates, Johann Maier.

THEMEN DER WOCHE



OECD-Prognose bis 2010

Der jüngst veröffentlichten OECD-Konjunkturprognose zufolge bleibt Österreich bis 2010 auch weiterhin mit einer prognostizierten Arbeitslosigkeit von 7,9 Prozent weit unter dem OECD-Schnitt. Deutschland und die USA werden mit jeweils 11,6 bzw. 10,1 Prozent über dem Durchschnitt von rund zehn Prozent liegen.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Was halten Sie davon, dass Unternehmen die Gehälter anonymisiert offen legen?

Frauen verdienen um 25 Prozent weniger als Männer. Die Offenlegung der Gehälter (anonym) soll zu mehr Transparenz am Arbeitsmarkt führen und der noch immer bestehenden Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ein Ende setzen.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at über den Vorschlag von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.



Sport- und Verteidigungsminister Norbert Darabos

Initiative „Saubere und gesund“

„Saubere und gesund“ – so heißt das neue Netzwerk gegen Arzneimittelmisbrauch im Sport, das Sportminister Norbert Darabos gemeinsam mit dem Österreichischen Apothekerverband und der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA) präsentierte. Ziel ist der Kampf gegen Doping und Arzneimittelmisbrauch im Sport mittels verstärkter Aufklärung und Prävention. Darabos lobte in diesem Zusammenhang die Arbeit der NADA und kündigte an, dass er den Budgetrahmen für die NADA noch heuer um 500.000 Euro aufstocken möchte.

Zitat der Woche

„Wir stehen geschlossen hinter unserem Heinz Fischer, wenn er sich zu einer Wiederkandidatur entschließt.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Tumpel als Wiener AK-Präsident bestätigt



Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit AK-Präsident Herbert Tumpel

Herbert Tumpel wurde vergangenen Mittwoch zum Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer wiedergewählt. In der konstituierenden Vollversammlung erhielt er 74,3 Prozent der Stimmen. Tumpel ist der achte Präsident der AK Wien seit 1945. 1997 wurde er das erste Mal zum Wiener Arbeiterkammer-Präsidenten gewählt. Er wurde zum dritten Mal im Amt bestätigt. Tumpel wurde durch den Vertreter der Aufsichtsbehörde, Bundesminister Rudolf Hundstorfer, angelobt.



Bildung schafft Chancen

Österreichs Jugend braucht Perspektiven für die Zukunft. Ist ein Bildungsabschluss genetisch vererbbar?



Jede Schülerin, jeder Schüler, für die wir eine konkrete Verbesserung in der Ausbildung erreichen, ist ein Erfolg.

Letzte Woche wurde der erste Nationale Bildungsplan präsentiert. Die wichtigsten Ergebnisse in Kurzfassung: Nach wie vor gibt es soziale Selektion, die Benotung ist oft nicht nachvollziehbar und ungerecht, die Eltern müssen zu viel Geld für teure Nachhilfe aufbringen. Umso wichtiger, dass Bildungsministerin Schmied bereits klar gemacht hat, dass ein Abrücken vom Weg der eingeschlagenen Bildungsreform nicht in Frage kommt. Es geht um nicht weniger als um die Chancen für unsere Jugend. Der beste Schutz, um langfristig vor Arbeitslosigkeit geschützt zu sein, ist eine optimale Bildung. Beste Bildung für alle Kinder, mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und der Anschluss an internationale Spitzenleistungen.

Es ist für uns SozialdemokratInnen beinahe unerträglich, dass der Abschluss einer höheren Bildung nach wie vor vom finanziellen Status und Bildungsabschluss der Eltern abhängt. Ein Mädchen, deren Eltern keine Matura haben, besucht mit einer 15mal niedrigeren Wahrscheinlichkeit eine AHS, wie ein Bub dessen Eltern die Matura haben.

Ist ein Bildungsabschluss genetisch vererbbar? Nein - also ist unser Schulsystem ungerecht. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der eine Hauptschule besucht, in die AHS/BHS wechselt, liegt bei einem Kind,

„Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der eine Hauptschule besucht, in die AHS/BHS wechselt, liegt bei einem Kind, dessen Eltern nicht die Matura haben, bei 16 Prozent. Bei einem Kind, dessen Eltern die Matura haben, liegt diese Wahrscheinlichkeit bei 69 Prozent.“

dessen Eltern nicht die Matura haben, bei 16 Prozent. Bei einem Kind, dessen Eltern die Matura haben, liegt diese Wahrscheinlichkeit bei 69 Prozent.

Die unterschiedliche Bewertung von Schulabschlüssen bei 10-Jährigen ist daher klar entscheidend für die Zukunft des Kindes. Neunjährige zu selektieren ist falsch und ungerecht. Keinem Lehrer darf man diese Verantwortung überstülpen, dass er/sie so eine weitreichende Entscheidung treffen muss. Die neue Mittelschule wird bereits ausgebaut, aber wir müssen sie als Regelsystem haben und dafür auch die El-

tern, SchülerInnen und LehrerInnen auf unsere Seite bekommen.

Das Argument, dass wenn eine gemeinsame Mittelschule System sei, Eltern ihre Kinder in die Privatschule stecken, führt sich ad absurdum: 1. Muss die Qualität der Neuen Mittelschulen passen - kleine Klassen, individuelle Betreuung - sichtlich ist das auch der Fall. Immerhin werden die bis jetzt bestehenden Neuen Mittelschulen überrannt.

Oft gibt es am Land nur Hauptschulen - und hier schicken Eltern ihre Kinder auch nicht in Privatschulen sondern ärgern sich über den "niedrigeren" Abschluss.

Gerechtigkeit und Spitzenleistung, Gerechtigkeit und ein qualitativ hochwertiges Schulsystem schließen einander nicht aus, sondern ganz im Gegenteil, sie bedingen sich - nur ein gerechtes Schulsystem kann auch ein gutes sein.

Je besser unser Bildungssystem, desto besser unsere Positionierung im internationalen Wettbewerb. Profitieren wird letztendlich der Wirtschaftsstandort Österreich. Es geht mir hier aber nicht nur um abstrakte

Marktchancen. Es geht mir um eine Verbesserung für jeden einzelnen Jugendlichen, der durch diese Maßnahmen bessere Chancen für seine weitere Zukunft geboten bekommt. Über alle Zahlen, Statistiken und Bilanzen, dürfen wir nie darauf vergessen, dass wir jedem einzelnen Jugendlichen verpflichtet sind. Für mich ist die Maßlatte daher eindeutig: Jede Schülerin, jeder Schüler, für die/den wir eine konkrete Verbesserung in der Ausbildung erreichen, ist für mich ein Erfolg. Denn Bildung schafft Chancen, für Österreich insgesamt, aber in erster Linie auch für jeden Einzelnen. ♦

BILDUNG

Alles für die Sch

Die großen Schulferien stehen vor der Tür. Es war ein bewegtes Schuljahr, in dem Bildungsministerin Claudia Schmied ihre Schulreformen sichern und fortführen konnte. Und auch im nächsten Schuljahr geht es mit Riesenschritten weiter dem großen Ziel entgegen: Der Schule der Zukunft, die unseren Kindern die bestmögliche Bildung garantiert.



Bildbox

Bildungsministerin Claudia Schmied arbeitet mit vollem Engagement: Damit auch das nächste Schuljahr für unsere Kinder ein gutes Jahr wird.

Für 1,2 Millionen SchülerInnen beginnen demnächst die Sommerferien. In Wien, Niederösterreich und im Burgenland dauern die Ferien vom 4. Juli bis zum 6. September. Die SchülerInnen aus den restlichen Bundesländern folgen eine Woche später, um am 13. September wiedererholt in ein neues Schuljahr zu starten,

das ebenso wie das Schuljahr 2008/09 von großen Reformvorhaben geprägt sein wird. Denn Bildungsministerin Claudia Schmied verfolgt seit ihrem Amtsantritt drei große Ziele in der Bildungspolitik: 1) Beste Bildung für alle Kinder, 2) Mehr Chancengerechtigkeit und 3) Anschließen an internationale Spitzenleistungen. Um diese Ziele zu erreichen, hat Schmied bereits eine Reihe wichtiger Schritte gesetzt. Dank wahrer Meilensteine, wie u.a. der Verkleinerung der Klassen, der Neuen Mittelschule oder dem Ausbau von Sprachförderung und Kleingruppenunterricht, „sind unsere Schulen auf der Überholspur“, wie Schmied betont.

le zu erreichen, hat Schmied bereits eine Reihe wichtiger Schritte gesetzt. Dank wahrer Meilensteine, wie u.a. der Verkleinerung der Klassen, der Neuen Mittelschule oder dem Ausbau von Sprachförderung und Kleingruppenunterricht, „sind unsere Schulen auf der Überholspur“, wie Schmied betont.

ule der Zukunft

Bildungsreformzug unter Volldampf

Das Engagement von Schmied hat sich auch im so genannten „LehrerInnen-Streit“ ausgezahlt. Denn nach zähen Verhandlungen, in denen die LehrerInnengewerkschaft immer wieder auf die Bremse stieg, gelang es Schmied letztlich, ein deutliches Mehr an finanziellem Spielraum (über 400 Millionen Euro) zu erkämpfen. Der Bildungsreformzug kann daher mit Volldampf weiterfahren – und das ist nicht nur im Interesse von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern, sondern auch ganz im Sinne des Wirtschaftsstandortes Österreich. Der nämlich braucht – gerade für die Zeit nach der Wirtschaftskrise – bestens ausgebildete junge Menschen. Umso wichtiger ist es da, dass Ministerin Schmied im kommenden Schuljahr für ganz konkrete Verbesserungen für unsere Kinder sorgt.

Neue LehrerInnenausbildung

Wie notwendig diese Verbesserungen sind, zeigen zahlreiche Studien. Nach PISA und PIRLS (Lesetest für VolksschülerInnen) belegt auch die aktuelle OECD-Studie TALIS (Teaching and Learning International Survey) die Dringlichkeit von Bildungsreformen. Denn viele der befragten LehrerInnen haben bei TALIS u.a. Defizite im Bereich der Schulverwaltung und Schulautonomie bemängelt. Genau hier setzt Schmied mit ihrer geplanten Reform der Schulverwaltung an. Dabei will Schmied unnötige Bürokratieebenen abbauen, die Schulstandorte stärken, DirektorInnen besser qualifizieren und an größeren Schulen ein mittleres Management einführen, um die LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten freizuspielen. Zu den großen Reformvorhaben gehört aber auch die Erarbeitung eines neuen, attraktiven Dienst- und Besoldungsrechts mit höheren Einstiegsgehältern. Und auch der Startschuss für eine moderne, gemeinsame Ausbildung aller im Lehrberuf Tätigen wurde bereits gegeben. Hier erarbeitet eine topbesetzte ExpertInnengruppe bereits zentrale Eckpunkte für eine moderne Ausbildung der LehrerInnen auf tertiärem Niveau.

Viele Verbesserungen in den Schulklassen

„Jedes Schuljahr sind unsere Schulen besser geworden“, bekräftigt Ministerin Schmied und betont, dass es auch im kommenden Schuljahr viele Verbesserungen für unsere Kinder gibt. So wird das kürzlich beschlossene Gratis-Kindergartenjahr dafür sorgen, dass alle Kinder bestmöglich gefördert und auf die Schule vorbereitet sind. Der Gratis-Kindergarten ist auch deshalb so wichtig, weil sich zeigt, dass immer mehr Kinder Probleme mit der deutschen Sprache haben. Daher werden im kommenden Schuljahr die Deutschförderkurse und der muttersprachliche Unterricht weiter ausgebaut. Ebenfalls fortgesetzt wird die konsequente Verkleinerung der Klassen, auch der Kleingruppenunterricht in den Volks-, Haupt-, Sonderschulen sowie in den Poly-

„Ich kann heute als Bildungsministerin mit Stolz berichten: Unsere Schulen sind auf der Überholspur.“

Bildungsministerin Claudia Schmidt

technischen Schulen und der AHS-Unterstufe wird weiter ausgebaut. Und auch die bildungspolitische Erfolgsstory der Neuen Mittelschule geht weiter: Im kommenden Schuljahr gibt es die Neue Mittelschule österreichweit an über 240 Standorten. Rund 20.000 SchülerInnen kommen dann in den Genuss der Vorteile der neuen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen. Eine weitere Verbesserung: Für bessere Klassenzimmer, moderne Tagesbetreuungsplätze, mehr Sporteinrichtungen und bessere LehrerInnen-Arbeitsplätze fließen heuer und im nächsten Jahr 600 Millionen Euro.

Tagesbetreuung neu

Mit dem Projekt „Tagesbetreuung neu“ wird die Tagesbetreuung Schritt für Schritt zu einem modernen Ganztagsangebot umgebaut und qualitativ verbessert. Und von der entschlossenen Fortführung des Erfolgsprojekts „Lehre und Matura“ profitieren unsere Lehrlinge, die nun kostenlos die Berufsmatura machen können. Mi-



BMUK

Sorgt dafür, dass unsere Schulen jedes Schuljahr besser werden – Bildungsministerin Claudia Schmied.

nisterin Schmied sagt aber auch der Gewalt den Kampf an: Die bestehenden Programme zur Gewaltprävention (z.B. „Faustlos“) werden massiv ausgebaut, ergänzend dazu wird für zusätzliche freie SchulpsychologInnen gesorgt, die mit dem Schulpsychologischen Dienst kooperieren. Schnell und richtig hat Schmied auf die jüngsten rechtsextremen Umtriebe reagiert. Bereits in den letzten zwei Jahren wurden wichtige Schritte für bessere Politische Bildung an den Schulen gesetzt. Seit diesem Schuljahr gibt es erstmals das Pflichtfach „Geschichte und Politische Bildung“ in der 8. Schulstufe. Außerdem werden alle angehenden Pflichtschul-LehrerInnen ab dem Studienjahr 2009/10 im Rahmen ihrer Ausbildung Module zur politischen Bildung besuchen. Gleichzeitig werden Arbeitsmaterialien und ein LehrerInnenhandbuch zu Antisemitismus erarbeitet.

Mit Hochdruck fortgeführt wird auch die Umsetzung der Bildungsstandards, die als eine Art „Schul-TÜV“ ein wichtiges Instrument zur Qualitätskontrolle des Unterrichts sind. Und über die standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung wird derzeit intensiv verhandelt. Schmied zeigte sich zuletzt optimistisch, dass die Matura-Reform noch am 30. Juni den Ministerrat passieren könnte. Dann wäre ein weiterer Meilenstein, der für einen einheitlich guten Unterricht vom Bodensee bis zum Neusiedlersee sorgt, fixiert. Und das große Ziel einer leistungsfähigen, chancengerechten Schule der Zukunft wieder einen großen Schritt nähergerückt. ♦

INTERVIEW

„Wir sind auf der Überholspur“

Bildungsministerin Claudia Schmied zieht im „SPÖ Aktuell“-Interview Bilanz über das abgelaufene Schuljahr und spricht über TALIS, Zentralmatura und über die Bildungspolitik auf der Überholspur.

SPÖ-Aktuell: Frau Ministerin Schmied, die Schulferien stehen vor der Tür. Eine gute Gelegenheit, Rückschau auf ein bisweilen turbulenten Schuljahr zu halten. Ihr ganz persönliches Resümee?

Claudia Schmied: Zunächst einmal wünsche ich allen SchülerInnen und den LehrerInnen, erholsame Ferien, so dass wir im Herbst wieder dynamisch in ein neues Schuljahr starten können. Zum Resümee: Natürlich hätte ich mir gewünscht, wenn etwa mein Strukturpaket zur Sicherung der Bildungsreform ohne diese ermüdenden Verhandlungen und Blockaden über die Bühne gegangen wäre. Aber zum Schluss hat sich der Einsatz gelohnt: Denn mit den zusätzlichen rund 420 Millionen Euro kann ich die begonnenen Reformen – ob kleinere Klassen, Neue Mittelschule oder die qualitative Verbesserung des Tagesbetriebs – fortsetzen. Der bildungspolitische Aufbau geht weiter und wir sind bildungspolitisch nach Jahren des Rückschritts endlich wieder auf der Überholspur!

Apropos Neue Mittelschule. Was ist hier für das Schuljahr 2009/10 geplant?

Claudia Schmied: Auch hier lautet das Motto: Ausbau statt Abbau! Dafür spricht auch die hohe Zustimmung der Eltern, über die ich mich ganz besonders freue. Sie zeigt, wie begeistert diese bildungspolitische Innovation angenommen wird. Daher wird es die Neue Mittelschule im Herbst an 244 Schulen geben – und das österreichweit. Denn jedes Kind hat sich die bestmögliche individuelle Förderung verdient. Nicht vergessen dürfen wir bei all diesen bildungspolitischen Projekten den positiven Beschäftigungseffekt. So stehen allein im Schuljahr 2009/10 durch den Ausbau der Neuen Mittelschule 238 zusätzliche Dienstposten zur Verfügung. Und das Projekt „kleinere Klassen“ schafft im

Endausbau sogar mehr als 6.000 LehrerInnenposten.

Zuletzt hat TALIS, die große LehrerInnenbefragung der OECD, gezeigt, dass Österreichs LehrerInnen im Vergleich zu anderen Ländern viel weniger Hilfe durch Verwaltungspersonal, Sekretärinnen oder SozialarbeiterInnen haben. Ihre Schlüsse daraus?



Bildungsministerin Claudia Schmied ist die beste Garantin dafür, dass die Bildungsreformen fortgesetzt werden.

Claudia Schmied: Für mich sind diese Ergebnisse ein deutlicher Beleg dafür, wie notwendig die Schulreformen sind. Denn wenn die LehrerInnen Defizite im Bereich Schulverwaltung, Schulautonomie oder beim unterstützenden Personal beklagen, zeigt das, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben. Ich möchte daher die Arbeitsbedingungen und das Berufsbild der LehrerInnen so weiterentwickeln, dass es zu einer engeren Kooperation unter-

einander kommt. Dazu gehört auch die Stärkung von Schulstandort und Schulautonomie. Die DirektorInnen sollen eine klare Personal- und Ressourcenverantwortung bekommen. Und ich möchte die LehrerInnen von administrativen Tätigkeiten entlasten, so dass sie sich verstärkt dem Unterricht widmen können. Für mehr Unterstützung sollen aber auch die SozialarbeiterInnen sorgen, die ich über Werkverträge an die Schulen holen möchte. Das wäre auch ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung des Schulklimas.

Stichwort neue Matura. Warum ist die Matura-Reform so wichtig?

Claudia Schmied: Weil sich alle darauf verlassen müssen können, dass es einen einheitlich guten Unterricht gibt – und das vom Neusiedlersee bis zum Bodensee. Es geht auch um internationale Vergleichbarkeit und die Sicherung der Studierfähigkeit. Dass wir dieses wichtige Instrument zur Qualitätssicherung möglichst rasch brauchen, fordere ja nicht nur ich, sondern auch die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer.

Gerade nach Ihren Erfahrungen im so genannten „LehrerInnen-Streit“: Wie wollen Sie die ÖVP davon überzeugen, im Bildungsbereich mit Ihnen mitzugehen?

Claudia Schmied: Ich setze – so wie jetzt bei der Matura-Reform, bei der wir auf gutem Weg sind –

auch weiterhin auf konstruktive Verhandlungen und eine faktenbasierte Politik. Um die Chancengleichheit im Bildungsbereich zu verbessern und mehr Kinder in höhere Bildung zu bringen, muss es gelingen, den Regierungspartner immer wieder – auch durch öffentlichen Druck – ins Boot zu holen. Und ich werde darauf pochen, dass der Finanzminister bei der Umsetzung der nächsten Maßnahmen stärker hinter mir steht. ♦

FRAUEN

„Mit Goodwill allein geht's nicht“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will mit Gehaltstransparenz gegen die auseinanderklaffende Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ankämpfen.



Fotolia

„Österreich liegt in Sachen Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen am zweitschlechtesten Platz in der EU. Das muss sich ändern.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Die SPÖ will mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen Männern und Frauen.

Frauen verdienen in Österreich etwa um ein Viertel weniger als Männer.

Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist daher in Sachen Einkommensschere massiver Handlungsbedarf gegeben. Sie fordert, dass die Unternehmen verpflichtet werden, die durchschnittlichen Löhne und Gehälter je nach Position betriebsintern zu veröffentlichen. Diese Verpflichtung könnte im Gleichbehandlungsgesetz festgeschrieben werden. Daran werde gemeinsam mit Sozialminister Hundstorfer gearbeitet. Künftig sollen also Gehälter in Betrieben mit mehr als 25 MitarbeiterInnen anonymisiert offengelegt werden. Konkret soll bekannt gegeben werden, wie viel Frauen und Männer im Durchschnitt je nach Position und Verwendungsgruppe verdienen. Die Daten werden mit standardisierten Fragebögen (Vorbild Schweden) ermittelt und die zuständigen Behörden haben Zugriff auf diese Daten. Falls die dabei festgestellte ungleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit nicht binnen zwei Jahren behoben wird, sind Konsequenzen anzudenken. „Ich gehe davon aus, dass sich die Situation zum Besseren verändert. Wenn das nicht der Fall ist, ist frühestens 2013 von möglichen Strafen die Rede“, so die Frauenministerin.

Viel Zustimmung für Transparenz-Vorschlag

Der Vorschlag der Frauenministerin hat jedenfalls viel Staub aufgewirbelt – verständlicher Weise vor allem auf Seiten der Unternehmensvertretungen. Es gibt aber auch viel Zustimmung. Für die Arbeiterkammer ist die geplante Transparenz bei Gehältern ein „erster wichtiger Schritt“ bei der Beseitigung von Lohnunterschieden. „Die Zeit der schönen Worte ist vorbei. Jetzt muss gehandelt werden. Frauen haben ein Recht auf gleiche Bezahlung und das muss auch durchsetzbar sein“, meint AK-Präsident Herbert Tumpel. „Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu beseitigen“, sagt der gf. Präsident des ÖGB, Erich Foglar. Die Aufregung, die es um den Vorschlag gab, kann Foglar nicht nachvollziehen: „Die Offenlegung der Einkommen ist ein gutes Instrument, um Unterschiede deutlich zu machen und die Situation zu ändern.“ Es sei bewusste Täuschung der Menschen, wenn manche nun behaupten, es ginge um einen „Gehaltstrip von ArbeitnehmerInnen“, die Privatsphäre von Beschäftigten werde mit an-

onymisierter Offenlegung selbstverständlich nicht angetastet.

Die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger unterstützt die Pläne der Frauenministerin ebenfalls. Auf die Ängste der Wirtschaft könne man hier leider keine Rücksicht nehmen, so Frauenberger. „Immerhin hätten die Unternehmensverantwortlichen schon längst freiwillig aktiv werden können, um Einkommensungerechtigkeiten zu beseitigen“, so Frauenberger, die sich auch der Forderungen Heinisch-Hoseks nach Quoten für Aufsichtsräte sowie der Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an Frauenförderung in den Betrieben anschließt.

Und SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm stellt fest: „Mit Goodwill alleine lässt sich in der Frauenpolitik gar nichts bewegen – wir brauchen klare gesetzliche Maßnahmen und natürlich auch welche mit Zähnen.“ ♦

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Die Einkommensschere

Ein paar Beispiele für die unterschiedlichen Einkommen von Männern und Frauen:

- ▶ Beamtinnen verdienen durchschnittlich 98% der männlichen Beamten.
- ▶ Weibliche Vertragsbedienstete verdienen durchschnittlich 91% der männlichen Vertragsbediensteten.
- ▶ Weibliche Angestellte verdienen durchschnittlich 64% der männlichen Angestellten.
- ▶ Arbeiterinnen verdienen durchschnittlich 67% der männlichen Arbeiter.
- ▶ Weibliche Handelsangestellte verdienen durchschnittlich 73% der männlichen Handelsangestellten.

INTERVIEW

„Mit Ecken und

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zu den Lehren aus der EU-Wahl, den aktuellen Kernbotschaften der SPÖ, zur „Kronen Zeitung“, FPÖ-Hetze und die von der ÖVP losgetretene Diskussion um die Bundespräsidentenwahl.



Zinner

Die Leitlinie unseres Bundeskanzlers Werner Faymann, nichts zu versprechen, was nicht gehalten werden kann, ist richtig und ehrlich.

„Wir werden weiterhin mit Entschlossenheit den Kampf um jeden Arbeitsplatz führen, in der Bildungs- und Gesundheitspolitik klarer und kantiger werden und wir werden die ÖVP mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit konfrontieren.“

**Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

SPÖ Aktuell: Herr Bundesgeschäftsführer, blicken wir mit etwas Abstand nach der Enttäuschung der EU-Wahl noch einmal zurück. Was ist alles schief gelaufen, warum konnte die Position „Ja zur EU, aber für eine EU der ArbeitnehmerInnen“ nicht ausreichend vermittelt werden?

Günther Kräuter: Es hat sich quer durch Europa gezeigt, dass die richtige und weiterhin gültige Position der Sozialdemokratie in wenigen Wochen Wahlkampf bei der Bevölkerung nicht ankommt. Wir haben

uns daher entschlossen über EU-Beauftragte in allen Bezirken unsere Vorstellungen einer sozialen und arbeitnehmerInnenfreundlichen EU in permanenter politischer Arbeit vor Ort zu verdeutlichen.

Welche Rolle hat bei der EU-Wahl die intensive Unterstützung der „Kronen Zeitung“ für Hans-Peter Martin gespielt?

Günther Kräuter: Martin hat teilweise richtige Themen angesprochen, Privilegien, Subventionsbetrug und Misswirtschaft sind Probleme, die unter den Nägeln bren-

Kanten“

nen. Manche Behauptung war aber schlicht falsch und musste auch zurückgenommen werden. Natürlich war es für die Liste Martin von Vorteil, dass seine Kritik über einen Buchabdruck umfangreich in der „Kronen Zeitung“ dargestellt werden konnte.

Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Mediensituation für die SPÖ? „Kronen Zeitung“-Herausgeber Hans Dichand favorisiert bekanntlich Erwin und Josef Pröll?

Günther Kräuter: Selbstverständlich steht es einem Herausgeber einer Zeitung frei, Sympathien für politische Akteure zu bekunden. Ich bewerte es sogar positiv, wenn die Leserinnen und Leser darüber Bescheid wissen. Ich habe in meiner fast 18-jährigen Tätigkeit als Abgeordneter die Erfahrung gemacht, dass pointierte Aussagen, interessante Themen und professionelle Medienarbeit immer zum Erfolg führen. Entscheidend für eine politische Partei in der Öffentlichkeitsarbeit ist, dass klare Positionen und verständliche Botschaften vermittelt werden.

Welche Kernbotschaften stehen für die SPÖ derzeit im Mittelpunkt? Nicht zu überhören ist der Ruf nach mehr Profil der Partei ...

Günther Kräuter: ... und nach Ecken und Kanten, nach klarer Positionierung. Ich weiß, ich besuche regelmäßig Orts- und Bezirksorganisationen. Erstens werden wir

weiterhin mit Kraft und Entschlossenheit den Kampf um jeden Arbeitsplatz führen. Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer sind mit Maßnahmen zur Eindämmung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise tagtäglich voll im Einsatz. Zweitens werden wir in der Bildungs- und Gesundheitspolitik unsere sozialdemokratischen Vorstellungen wesentlich klarer und kantiger formulieren und drittens wird sich der Koalitionspartner mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit auseinandersetzen müssen. *Bedeutet das nach Ihrer Einschätzung einen Rückfall in den alten Koalitionszwist der letzten Legislaturperiode? Die Bevölkerung lehnt doch Streit und Parteien-Hick-Hack entschieden ab.*

Günther Kräuter: Es geht darum, selbstbewusst klare Positionen der Partei deutlich zu machen, couragiert Verhandlungen zu führen, Kompromisse zu finden und letztendlich Erfolge darzustellen. Die Bevölkerung hat ein gutes Gespür dafür, was in einer Koalition möglich ist und was davon getrennt programmatische Positionierung der SPÖ ist. Die Leitlinie unseres Bundeskanzlers Werner Faymann, nichts zu versprechen, was nicht gehalten werden kann, ist richtig und ehrlich.

Das Thema Ausländer ist allgegenwärtig. Die

FPÖ missbraucht die Probleme vieler Menschen zur schamlosen Agitation und Hetze, wie wird die SPÖ mit dieser sensiblen politischen Frage umgehen?

Günther Kräuter: Wir haben dieses Thema viele Jahre lang zu wenig beachtet, das muss und wird sich ändern. Vorbildlich ist die eindeutige Positionierung der SPÖ-Wien, die klar und unmissverständlich Regeln des Zusammenlebens einfordert und gleichzeitig unserer humanistischen Tradition verpflichtet bleibt.

Noch eine letzte Frage, wie beurteilen Sie die verfrühte Diskussion um die Bundespräsidentenwahl im April 2010?

Günther Kräuter: Naja, wenn sich Erwin Pröll an seinem Neffen vorbei selbst als Kandidat ins Spiel bringt, mutet das schon ein bisschen kurios an. Viele Leute sehen Parallelen zu den polnischen Kaczynski-Zwillingen, die sich als Staats- und Regierungschefs rasch den Unmut der Bevölkerung zugezogen haben. ... Sei's drum, mit Heinz Fischer hat Österreich einen Bundespräsidenten, der quer durch alle politischen Lager anerkannt, respektiert und überaus beliebt ist. Die Bevölkerung hofft sehr, dass er neuerlich für das höchste Amt im Staat zur Verfügung steht.

Danke für das Gespräch.

SPÖ-WEB

Wenn der Kanzler auf youtube antwortet

Für interessierte BürgerInnen besteht seit kurzem die Möglichkeit, via Internet (www.kanzlerfragen.at) Fragen an Bundeskanzler Werner Faymann zu stellen.

Mit www.kanzlerfragen.at startete Bundeskanzler Werner Faymann eine besonders innovative Initiative. Die Idee dahinter: Werner Faymann möchte neben seinen Bundesländertagen zusätzlich Kontakt zur Bevölkerung herstellen. Wer schon immer Fragen an den österreichischen Kanzler hatte, kann diese auf der eigens dafür eingerichteten Homepage stellen. Thematische Einschränkungen gibt es dabei natürlich keine. Die Palette der mög-

lichen Themen ist breit: von A wie Arbeitsmarkt bis Z wie Zukunft bleibt es den BenutzerInnen überlassen, worüber sie Bundeskanzler Werner Faymann befragen möchten. Jede Woche werden aus allen Einsendungen drei Fragen ausgesucht und per Videobotschaft vom Bundeskanzler beantwortet. Das erste Video zu den Themen Sicherheit, Kriminalität und Grenzsicherung findet man bereits im interaktiven Video-Portal www.youtube.com. ♦



UMWELT

UVP-Novelle vereint Ökonomie und Ökologie

Mit der Novelle zum UVP-Gesetz wurde ein wichtiger Schritt in Richtung effizienterer Prüfverfahren getan.



Bei Bauprojekten ist eine UVP notwendig (Bundestkanzler Werner Faymann und NR Abg. Josef Muchitsch bei der Eröffnung des Ganzsteintunnels).

Ziel ist es, mit der Novelle zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) die Umwelt zu schützen – mit dem Sinn und Zweck, das UVP-Verfahren in vol-

lem inhaltlichen Umfang zu belassen, aber die Verfahren so kurz wie möglich zu halten. „Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie braucht einen Schnittpunkt der

„Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie braucht einen Schnittpunkt der Übereinstimmung und soll nicht zum gegenseitigen Stillstand führen.“

Bundestkanzler Werner Faymann

Übereinstimmung und soll nicht zum gegenseitigen Stillstand führen“, zeigte sich Bundestkanzler Werner Faymann anlässlich des letzten Ministerrates über die Einigung erfreut. Die Bauwirtschaft ist gerade in der Krisenzeit eine Schlüsselindustrie, schließlich haben die Investitionen in die Bauwirtschaft in den Konjunkturprogrammen einen zentralen Stellenwert für die Belebung der Konjunktur. Die Novelle soll überdies dazu beitragen, dass der/die Verfahrensleiter/in von UVP-Verfahren gestärkt wird. Auch können zeitliche Befristungen des Verfahrens angesetzt werden. Nicht nur die Transparenz wird weiter verstärkt, etwa dadurch, dass Kundmachungen an die Bürgerinnen und Bürger genau geregelt sind – auch die Verfahren an sich sollen beschleunigt werden. ♦

EU

Schluss mit dem Maut-Wucher

Slowenien plant auf Druck von Jörg Leichtfried endlich eine geeignete Kurzzeitvignette einzuführen.



SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried

Aufgrund der andauernden, intensiven Bemühungen von SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried, wird Slowenien noch vor Beginn der Sommerzeit eine geeignete Kurzzeitvignette einführen. Vorgeschichte: seit einem Jahr gibt es in Slowenien ein Mautsystem, wonach AutofahrerInnen für das Befahren der slowenischen Autobahnen eine Halbjahresvignette um 35 Euro oder eine Jahresvignette um 55 Euro erwerben müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt kostete eine einfache Fahrt mit dem PKW durch Slowenien nur ca. 7 Euro. In schriftlichen Anfragen an die Europäische Kommission entlarvte Jörg Leichtfried diese Neuregelung als diskriminierend und den europäischen Grundsätzen widersprechend. Mit Erfolg. ♦

SCHULE

Sozialsystem ausgebaut und zielgerecht verbessert



Gesundheitsminister Alois Stöger

In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit setzt die Regierung Faymann ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, indem sie das Österreichische Sozialversicherungssystem weiter verbessert.

„Das 3. Sozialrechtsänderungs-Gesetz, dem nur noch die plenarische Zustimmung fehlt, bringt wichtige Verbesserungen für die Versicherten und ihre Angehörigen“, lobt Gesundheitsminister Stöger die Reform. Besonders wichtig sind die Senkung der Selbstbehalte in der Bauernsozialversicherung, die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung für pflegende Angehörige und PflegegeldbezieherInnen ab der Pflegestufe 3 und der Ausbau des Leistungskatalogs bei Zahnambulatorien um die Mundhygiene. Die Maßnahmen sind eine spürbare Entlastung für viele Familien und ein deutliches Signal gegen Selbstbehalte. ♦

Biografie

25 Jahre politische Arbeit

Die vorliegende Publikation ist in enger Zusammenarbeit mit Wiens Vizebürgermeisterin und Bundesministerin a. D. Gertrude Fröhlich-Sandner entstanden.

Die Aufarbeitung des Lebenswerkes von Gertrude Fröhlich-Sandner ist keine glorreiche Huldigung, sondern eine nüchterne Darstellung des Wirkens einer politischen Persönlichkeit mit all ihren Facetten, Problemen, Rückschlägen, Neuanfängen und Erfolgen im Dienste demokratisch-öffentlich verantworteter Arbeit.

Die Erfassung der Persönlichkeit Sandners und die Aufarbeitung ihres Wirkens

basiert auf 87 Gesprächen mit ZeitzeugInnen, LebensbegleiterInnen und FreundInnen sowie auf Archivarbeiten, Auswertungen der persönlichen Sammlungen Fröhlich-Sandners und Filmdokumenten aus Österreich und dem Ausland. Ihre Aktivitäten in Kultur und Bildung für Jeden und Alle bestimmten ihr Leben, daher ist die Gestaltung dieses Buches in diesem Sinne und Stil als Report dargestellt. ♦

Politische Ökologie

Auswege aus dem Kapitalismus

Kapitalismuskritik und ökologisches Denken ergänzen sich und bedingen sich gegenseitig, so die zentrale These von André Gorz.

Die Texte zu diesem Buch - grundlegende Schriften zur politischen Ökologie - hat André Gorz kurz vor seinem Tod im September 2007 zusammengestellt. André Gorz schrieb dazu: „Dass bei der Arbeit Herrschaft über uns ausgeübt wird, wissen wir seit etwa 170 Jahren.

Nicht aber dass das Gleiche für unsere Bedürfnisse und Wünsche, unsere Gedanken und unser Selbstbild genauso gilt. Durch die Kritik des Modells unserer Konsumgesellschaft bin ich zum Ökologen

avant la lettre geworden. Mein Ausgangspunkt war ein Artikel, der 1954 in einer US-amerikanischen Zeitschrift erschien. Darin stand zu lesen, dass der Konsum in den kommenden acht Jahren mindestens um 50 Prozent wachsen müsse, damit die Produktionskapazitäten gewinnbringend ausgeschöpft werden könnten, dass aber die Leute gar nicht in der Lage seien, sich vorzustellen, worin denn diese 50 Prozent zusätzlichen Konsums bestehen sollten.“ ♦

Roman

Eskandar

Siba Shakib gibt faszinierende Einblicke in die archaische Kultur Persiens, die enorme Umbrüche erleben muss: „Im Leben meines Helden Eskandar spiegelt sich die dramatische Geschichte, all die Wünsche, Träume und verpassten Chancen meiner Heimat Persiens im letzten Jahrhundert.“

Wir schreiben das Jahr 1908 - und die Sonne brennt gnadenlos auf das Dorf ohne Namen. Hier, tief im Süden des Irans, gibt es viele Verbote, aber ein Junge hält sich nicht daran. Eskandar wagt es, Verbote zu brechen und lernt, sich gegen widrige Umstände zu behaupten. Der Junge getraut sich, über den kargen Berg zu steigen und mit den Fremden zu sprechen, die dort

nach Öl suchen. Sie haben alles, was den Menschen im Dorf fehlt: Wasser und Nahrung. So beginnt das abenteuerliche Leben eines Jungen, der sich in widrigen Umständen behaupten muss. Doch Eskandar erkennt die große Macht der Worte, wird zum Ausrufer guter und schlechter Nachrichten, und schließlich zum Geschichtenerzähler. ♦

☐ Stk.


Walter Göhring:
Gertrude Fröhlich-Sandner.
Kultur – Bildung – Familie.
Buch- & Zeitschriftenverlag,
Eisenstadt 2009;
399 S., 35 €

☐ Stk.


André Gorz:
Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie.
Rotpunktverlag, Zürich 2009;
125 S., 20,10 €

☐ Stk.


Siba Shakib:
Eskandar.
Bertelsmann Verlag,
München 2009;
448 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BUNDESFRAUENKONFERENZ

Mit der Kraft der Frauen: Stark. Selbstbewusst. Entschlossen.



Bei der Bundesfrauenkonferenz, die am 21. Juni im Design Center stattfand, wurde Gabriele Heinisch-Hosek mit überwältigender Mehrheit zur neuen Vorsitzenden der SPÖ-Frauen gewählt.



Die neue SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek mit Bundeskanzler Werner Faymann und ihrer Vorgängerin, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

„Es muss endlich in die männlichen Köpfe hineingehen, dass sie auf das Potenzial der Frauen nicht verzichten können.“

**SPÖ-Frauenvorsitzende
Gabriele Heinisch-Hosek**

Es war ein bewegender Moment als sich die neue Bundesfrauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek unter tosendem Applaus für das große Vertrauen bedankte. Mit 95,7 Prozent der Stimmen erhielt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eine überwältigende Zustimmung. Minutenlangen Beifall und Standing Ovationen erntete auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die nach 12 Jahren den Vorsitz der SPÖ-Frauen an Gabriele Heinisch-Hosek übergab. In ihrer Rede blickte Barbara Prammer kritisch in die Zukunft der Frauen. Gerade in Zeiten der Krise würden Frauen Perspektiven brauchen, damit Doppel- und Drei-

fachbelastungen endlich der Vergangenheit angehören. Um Frauen zu unterstützen, regte die Nationalratspräsidentin an, ein „Konjunkturpaket für den Dienstleistungsbereich“ zu schnüren.

Heinisch-Hosek sprach sich für die Einführung von verpflichtenden Quoten auch für die Privatwirtschaft aus und definierte Frauenförderung im Beruf und mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Schwerpunkte. Die scheidende SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer wurde im Rahmen der Veranstaltung für ihre Verdienste mit der Hertha-Firnberg-Auszeichnung geehrt.

Bundeskanzler Werner Faymann zollte der SPÖ-Frauenorganisation hohe Anerkennung für ihre engagierte Arbeit und skizzierte die sozialdemokratischen Herausforderungen für die Zukunft.

Für den musikalischen Rahmen der Frauenkonferenz in Linz sorgten die Künstlerinnen Celia Mara, Mieke Medusa und die Percussion-Band „Sosamma“. ♦



Für großartige Stimmung bei den 313 Delegierten und über 100 Gästen sorgten unter anderem die Sängerin Celia Mara und ein Regen aus roten Rosenblättern.



Fotos: Knie

BÜRGERMEISTERGESPRÄCH

Bürgermeister bestätigen „dramatische Situation der Exekutive“

Bundeskanzler Werner Faymann lud vergangenen Dienstag zur sicherheitspolitischen Diskussionsrunde.

Auf Wunsch der Bürgermeister Matthias Stadler (St. Pölten), Heinz Schaden (Salzburg), Helmut Manzenreiter (Villach) und Peter Koits (Wels) traf sich Bundeskanzler Werner Faymann vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitsdebatte zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt. In dieser Runde wurde die angespannte Situation der Exekutive in den Städten erläutert.

Mehr PolizistInnen und bessere Ausstattung

Bundeskanzler Werner Faymann sah sich nach dem Bürgermeistertreffen in seiner Forderung nach 2.000 zusätzlichen PolizistInnen für Österreich bestätigt: „Seit der drastischen Personalreduktion unter der schwarz-blauen Bundesregierung, gehen den Städtever-



Lehmann

Bundeskanzler und Bürgermeister sind sich einig: 2.000 PolizistInnen mehr für Österreich.

antwortlichen etliche PolizistInnen ab. Sie verlangen nicht nur eine höhere Anzahl an PolizeibeamtInnen, sondern auch eine bessere Ausstattung der Exekutive.“ Überdies sollen BeamtInnen von den Verwaltungsaufgaben entlastet werden, damit gewährleistet ist, dass zusätzliche uniformierte BeamtInnen mit

dem aktiven Dienst auf der Straße betraut werden.

Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek macht bereits Druck. Sie ortet ungenützte personelle Ressourcen, die zur Polizei umgeschichtet werden könnten, im Finanzministerium und bei der Zollwache. ♦

BURGENLAND

„Wir Burgenländer bewegen mehr!“



Unter dem Slogan „Wir Burgenländer bewegen mehr“ startet die SPÖ Burgenland eine breite Kommunikationsoffensive.

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl ist überzeugt: „Die Nähe zu den Menschen in den Dörfern ist die Grundlage für eine Vielfalt an Ideen. Sie bildet eine besondere Stärke des Burgenlandes, die den beeindruckenden Aufstieg möglich gemacht hat.“ Nicht zuletzt deshalb rief die SPÖ Burgenland die Kommunikationsinitiative „Wir Burgenländer bewegen mehr“ ins Leben.

Das Ziel: Zeigen, dass die SPÖ nah bei den Anliegen der BurgenländerInnen ist, gut zuhört und sich besonders um die Meinung der jungen Menschen bemüht. ♦



SPÖ Burgenland

Landeshauptmann Hans Niessl ist offen für die Anliegen der BurgenländerInnen.

WIEN

Betriebskosten-Guthaben für GemeindebaummieterInnen



164.500 Wiener GemeindebaummieterInnen erhalten 110 Euro von der Stadt Wien rückerstattet.

Bis spätestens 30. Juni müssen alle MieterInnen von ihrer Hausverwaltung die Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2008 erhalten. Äußerst positiv wirkt sich diese Jahresabrechnung für mehr als drei Viertel der Wiener GemeindebaummieterInnen aus. Sie bekommen auf Grund guten Wirtschaftens von der Hausverwaltung Wiener Wohnen Geld zurück. So werden rund 164.500 der GemeindemieterInnen durchschnittlich 110 Euro zurück bekommen, freut sich Wohnbaustadtrat und Vizebürgermeister Michael Ludwig. Nur rund 46.000 GemeindemieterInnen müssen Nachzahlungen leisten. Diese liegen allerdings bei nur durchschnittlich 78 Euro. ♦



Schedl

Wohnbaustadtrat und Vizebürgermeister Michael Ludwig ist über das effiziente Wirtschaften von Wiener Wohnen hoch erfreut.



Mehr Sicherheit für Österreich

Der Vorsitzende der Wiener Polizeipersonalvertretung, Harald Segall, über die Situation der Polizei, das Sicherheitsgefühl der Menschen und den Vorschlag des Bundeskanzlers.

„Die von Bundeskanzler Werner Faymann vorgeschlagenen weiteren 1.000 PolizistInnen mehr sind ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung.“

Das Gefühl der Sicherheit ist ein Teil von Lebensqualität. Als Polizei sind wir sozusagen ein Dienstleistungsunternehmen, das dafür zu sorgen hat, dass sich die Menschen sicher fühlen können. Wir PolizistInnen versuchen, oft unter schwierigsten Bedingungen, die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Seit einigen Jahren wird uns die Erfüllung dieser Aufgabe zunehmend erschwert. So haben im Jahre 2000 in Wien 7.300 PolizistInnen (Uniformierte und ziviler Kriminaldienst) für die Sicherheit der Wiener Bevölkerung gesorgt. Heute sind es nur noch 6.000. Personalabbau gab es auch in den anderen Bundesländern, und vor allem am Land wurden viele Polizeiinspektionen (damals Gendarmerieposten) geschlossen. Der „Reformeifer“, oder besser gesagt die Reformwut der damaligen schwarz-blauen Regierung Bewährtes zu zerstören, hatte auch im Bereich der Exekutive voll zugeschlagen. Die so genannte Polizeireform von damals war nichts anderes als eine parteipolitische Kommandoaktion eines gewissen Herrn Ernst Strasser, der ja jetzt, nach einem zwischenzeitlichen Abtauchen in die Privatwirtschaft, das EU-Parlament beglücken will.



Strassers Einheitssystem für die österreichische Polizei ist die Hauptursache für das heutige Sicherheitsdesaster, vor dem wir stehen. In den ländlichen Regionen plagen sich KollegInnen damit ab, beispielsweise mit altersschwachen Einsatzfahrzeugen möglichst schnell zu den um Hilfe rufenden Menschen zu kommen. Trotz höchstem Einsatzwillen nicht immervon Erfolg gekrönt. Und für Wien wurde offensichtlich darauf „vergessen“, dass es sich um ein Ballungszentrum handelt. Dazu kommen in der Bundeshauptstadt

noch die besonderen Aufgaben, die sich aus der Tatsache ergeben, dass sich Staatsgäste eben vorwiegend dort aufhalten, wo der Sitz der Regierung, des Parlamentes und des Bundespräsidenten sind. Ganz abgesehen davon, dass es in einer Großstadt eben völlig andere Erfordernisse gibt.

Genau in dieser Situation war es ein erster Hoffnungs-schimmer, dass Ende vergangenen Jahres im Regierungs-übereinkommen 1.000 PolizistInnen mehr innerhalb der nächsten Jahre versprochen wurden. Etwas weniger als die Hälfte davon sollen in Wien ihren Dienst versehen. Das ist mittelfristig ein guter Lösungs-ansatz, schafft aber heute, hier und jetzt keinesfalls die notwendige Abhilfe. Die nun von Bundeskanzler Werner Faymann vorgeschlagenen weiteren 1.000 PolizistInnen mehr sind ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung und zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen. Für uns PolizistInnen ist es nicht unbedingt befriedigend, wenn wir uns rund um die Uhr für die Bevölkerung einsetzen und dann trotzdem feststellen müssen, dass wir den Einbrechern und Dieben hinterherlaufen müssen. Oder anders ausgedrückt: Es ist nicht angenehm, bestens trainiert (ausgebildet) zu sein und kurz vor dem Start zum 100-Meter-Lauf Fuß-fesseln angelegt zu bekommen. ♦

Harald Segall ist Vorsitzender der Personalvertretung der Wiener Polizei.

TERMINKALENDER

Dienstag, 30. Juni

„20 Jahre UN-Konvention über die Rechte des Kindes“

Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und die Kinder & Jugendanwaltschaft Österreichs laden anlässlich des 20-jährigen Bestehens der UN-Konvention über die Rechte des Kindes zu einer Veranstaltung ins Palais Epstein. Vor nunmehr zwanzig Jahren, wurde die UN-Konvention über die Rechte des Kindes verabschiedet.

Anmeldung unter:

veranstaltungen15@parlament.gv.at

Beginn: 16 Uhr

Palais Epstein

Dr. Karl Renner-Ring 1

1017 Wien

Mittwoch, 1. Juli

Informationsveranstaltung: „Zukunft der Energiepolitik“

Die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Ziel es ist, brisante wirtschaftspolitische Themen zu identifizieren, diese wissenschaftlich zu be-

arbeiten und im Rahmen von Veranstaltungsreihen zu diskutieren. Im Rahmen dieser Reihe findet die Informationsveranstaltung „Zukunft der Energiepolitik“ statt. Finanzminister a.D. Hannes Androsch spricht zum Thema: „Zukunft der Energiepolitik – Neueste Modelle“. Weitere Aspekte zur Zukunft der Energiepolitik werden von Robert Grüneis, Geschäftsführer der Wien Energie, Patrik Horvath, wissenschaftlicher Mitarbeiter der WIWIPOL, Christian Kern, Vorstandsmitglied Verbund und Horst Pöschhacker, Aufsichtsrat ÖBB, diskutiert. Anmeldung zur Veranstaltung: WIWIPOL, 1010 Wien, Maria Theresien-Straße 24/4, e-mail: **office@wiwipol.at**

Tel.: 01/319 44 47

Eintritt frei

Beginn: 10.30 Uhr

Presseclub Concordia

Bankgasse 8, 1. Stock,

1010 Wien

Donnerstag, 2. Juli

Reden wir über Europa

Im Rahmen der Aktion „Reden wir über Europa“ steht der Leiter der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament, Jörg Leichtfried, nach seiner Impulsrede im Rahmen einer Diskussion Rede und Antwort. Die SPÖ will durch diese Aktion ihre Vorstellungen von einem sozialen Europa deutlicher machen und die Menschen für EU-Themen sensibilisieren. Und das nicht erst im nächsten EU-Wahlkampf, sondern das ganze Jahr über. Das Motto der Veranstaltung lautet: Österreichisch leben. Europäisch denken.

Beginn: 18.30 Uhr

Volkshochschule Favoriten

Arthaberplatz 18

1100 Wien

Gipfel für Kleinunternehmen mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Unter dem Motto: „Chancen, Kontakte, Lösungen. Wirtschaft und Politik kommen zusammen“, veranstaltet der Junge Wirtschaftsverband Wien eine Infomesse mit 20 Förderorganisationen für kleine und mittlere Unternehmen. Dabei stehen wichtige



BMASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer nimmt an der Podiumsdiskussion teil.

politische Entscheidungsträger für Ihre Fragen und Anliegen bereit. Klein- und Mittelbetriebe beschäftigen mehr als die Hälfte aller in Wien arbeitenden Menschen und bilden fast neun von zehn Lehrlingen aus. Gemeinsam sind sie der größte Arbeitgeber und der Fortbildungsmotor Wiens. Der Junge Wirtschaftsverband Wien möchte bei der Veranstaltung das Thema Arbeit aufgreifen und diskutieren. An der Podiumsdiskussion nehmen Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit und Soziales, Daniela Stepp, Bezirksvorsteherin-Stv. Innere Stadt und die Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsverbands Wien, Katharina Schinner, teil. Fragen an das Podium können bereits unter: **www.kmugipfel.at** im Voraus gesandt werden. Um Anmeldung wird gebeten unter: **office@wvwi.at**

Beginn: 19 Uhr

Haus der Musik

Seilerstätte 30

1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Alexander Lutz, Martin Oppenauer,

Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung:

Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: Leykam-

Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: **spoe.aktuell@spoe.at**,

Homepage: **www.spoe.at**

NET NEWS

Jetzt unterschreiben auf **www.fischeragain.at!**

Auf der Webseite kann man sich als UnterstützerIn eintragen und Heinz Fischer persönlich bitten, nochmals für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Laut Medienberichten haben sich binnen 24 Stunden bereits über 600 Menschen als UnterstützerInnen des roten Urgesteins eingetragen.

Zehn Monate vor der Wahl im April 2009 hatte die ÖVP und ihr Wunschkandidat Erwin Pröll bereits für den Wahlkampf gerü-

stet. Eine überaus freundliche Berichterstattung erfährt der niederösterreichische Patriarch dabei in einigen großen Tageszeitungen. Schnell haben sich aber im Internet private Initiativen gegründet, die für den Verbleib Heinz Fischers als Präsident kämpfen beziehungsweise für die Kandidatur des beliebten SPÖ-Politikers.

Ob Erwin Pröll bei der offensichtlichen Popularität Fischers wirklich eine Kandidatur wagt? ♦

The screenshot shows the homepage of 'heinz fischer again!'. It features a header with a photo of Heinz Fischer and the site's name. Below the header, there are three icons: 'neue unterstützer', 'aktuelle unterstützer', and 'kontakt'. A paragraph of text explains the initiative. At the bottom, there is a section titled 'JETZT ENTRAGEN' (Sign up now) with a form containing fields for 'Vorname', 'Nachname', 'E-Mail-Adresse', 'Land', and 'Code'. A 'zuSAP' button is also visible.



Ein guter Grund, anzustoßen!

Der Wirtschaftssprecher der SPÖ, Christoph Matznetter, feiert seinen 50. Geburtstag. Ein guter Grund für Infrastrukturministerin Doris Bures und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter dem stv. Präsidenten der Wirtschaftskammer (WKÖ) zu gratulieren und in der Skylounge der WKÖ auf seinen runden Geburtstag anzustoßen – und ihm alles Gute für die Kammerwahlen im nächsten Jahr zu wünschen.



Treffen der Parteichefs der Europäischen SozialdemokratInnen

Zum ersten Mal nach enttäuschenden Ergebnis der EU-Wahlen trafen sich die sozialdemokratischen Parteichefs der EU in Brüssel, um über die künftige Positionierung der europäischen Sozialdemokratie zu sprechen. Im Bild SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann und der dänische Vorsitzende Pou Nyrup Rasmussen (2.v.L.).

Kinder als Gesundheitsbotschafter

Bei einem Workshop im Rahmen der Kinder-Gesundheitswoche im Rot-Kreuz-Zentrum Wien-Landstraße, bewiesen Kinder Sozialminister Stöger, dass sie in Sachen Gesundheit schon kleine Profis sind und künftig als wissende Junior-Gesundheitsbotschafter auf die Erwachsenen einwirken werden.

